

EUROPA UND DIE SCHWÄBISCHE HAUSFRAU

Wirtschaftsethische Anmerkungen
zur globalen Finanzkrise



VON WOLF-GERO REICHERT

Die schwäbische Hausfrau hat es bis in die Politik geschafft. Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte sie in ihrer Rede vor dem CDU-Parteitag im Dezember 2008 in Stuttgart ins Spiel, kurz nach dem Beginn der weltweiten Finanzkrise. „Man hätte“, sagte sie damals, „einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.“ Ein Jahr später stellte ihre Regierung ein riesiges Konjunkturprogramm auf die Beine.

Bis vor kurzem noch galt die schwäbische Hausfrau als ein Relikt aus einer biedereren Zeit, die längst durch das Informationszeitalter und dessen Leitbild des global vernetzten Investmentbankers abgelöst worden ist. Während dieser nicht arbeitet, sondern geliehenes Geld für sich arbeiten lässt, verkörpert die jetzt wieder in Mode gekommene Hausfrau aus Schwaben das Gegenteil: Arbeit und eiserne Sparsamkeit. Sie kalkuliert klug mit dem gegebenen Budget und legt stetig etwas auf die hohe Kante, um irgendwann den Traum eines Eigenheimes zu verwirklichen.

In der Politik war es lange Zeit angesagt, die Finanzmärkte zu „entfesseln“, damit die Finanzprofis besser ihren Geschäften nachgehen können. Weniger Staat, mehr Markt, lautete die Devise. Zwei Wirtschaftskrisen später gilt nun die schwäbische Hausfrau als Vorbild für alle Staatslenker. Im Zuge der Staatsschuldenkrise sollen diese ihre Haushalte ausgleichen und im Idealfall sogar etwas ansparen. Ein oberflächlicher Blick in die Zeitungen scheint diesen Eindruck zu bestätigen: Überall dort, wo nicht solide gewirtschaftet wurde, bricht sich das Chaos Bahn – angefangen von Griechenland bis hin zu Großbritannien, während die Bundesrepublik scheinbar unerschütterlich dasteht.

Allerdings ist das Leitbild der schwäbischen Hausfrau in verschiedener Hinsicht ebenso einseitig wie das zu Recht verworfene Bild des Investmentstars. Erstens darf nämlich nicht vergessen werden, dass ein bedeutender Teil der staatlichen Haushaltsdefizite nicht aus der laschen Haushaltsdisziplin populistischer Politiker herrührt, sondern aus dem Versuch, die Finanzkrise zu bewältigen. Diese aber ist ein Ergebnis des rücksichtslosen Gewinnstrebens einiger Akteure des privatwirtschaftlichen Sektors, und der wirtschaftspolitische Fehler der Politik lag nicht in sparpolitischen, sondern in regulatorischer Laschheit: In der Hoffnung auf steigendes Wirtschaftswachstum bauten die Politiker Finanzmarktschranken ab und ebneten dem rücksichtslosen Finanzgebaren den Weg.

Zweitens übersieht der Vergleich, dass es sich bei einem Staat und seinem Haushalt um etwas vollkommen anderes handelt als um eine schwäbische Kleinfamilie. Dafür muss man die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge etwas genauer betrachten. In einer Volkswirtschaft gibt es kein fixes Budget, wie es eine Familie durch das monatliche Einkommen hat. Das heißt, es gibt keine feststehende Geldmenge, die nach Bedarf aufgeteilt werden kann.

GELDSCHÖPFUNG VOR ALLEM DURCH PRIVATE BANKEN

Die Volkswirtschaft funktioniert genau andersherum: Jedem Geldvermögen einer Person stehen Schulden anderer Personen gegenüber. Das liegt daran, dass in unserem Wirtschaftssystem die Geldschöpfung vor allem durch die privaten Banken betrieben wird. Das meiste Geld besteht nicht aus Münzen oder Scheinen, die von der Europäischen Zentralbank ausgegeben werden, sondern aus Buchgeld, also solchem Geld, das es nur in Form einer Kontobuchung gibt. Mit jeder Kreditvergabe schöpfen die Banken neues Geld, indem sie einfach auf dem Konto des Schuldners einen bestimmten Betrag gutschreiben und sich in ihrer Bilanz „merken“, dass jener ihnen den Betrag bis zum Ablauf einer Frist schuldet. Entscheidend dabei ist, dass dieses gar nicht real existierende, sondern rein fiktiv verrechnete Buchgeld von den anderen Wirtschaftsakteuren als Geld akzeptiert wird, etwa wenn der Kauf von Gütern durch Banküberweisungen beglichen wird.

Im Idealfall wird das geliehene Geld nicht nur für den Konsum verbraucht, sondern auch für die Durchführung von Investitionsprojekten genutzt, die darauf angelegt sind, sowohl den Kredit zurückzuzahlen als auch einen Ge-

winn zu erwirtschaften. Wenn alle Wirtschaftseinheiten in der Erwartung, Gewinne zu machen, Kredite aufnehmen, investieren und Arbeitnehmer einstellen, so erfüllen sich diese Erwartungen von selbst: Die Wirtschaft wächst in einer Spirale von positiven Erwartungen, Investitionen und Gewinnrealisierung. Aus Schulden entsteht Wohlstand.

Das kreditgetriebene Wirtschaftssystem ist dynamisch und wohlstandsförderlich, zugleich jedoch sehr instabil. Wenn nämlich die Banken die Wirtschaftsakteure mit mehr Buchgeld ausstatten, als diese eigentlich benötigen, wird es kritisch: Fließt das zusätzliche Geld in den Kauf von Gütern, dann kommt es zu einer Inflation. Der erhöhten Geldmenge steht eine gleichbleibende Menge an Konsumgütern gegenüber – deren Preise steigen, und das Geld verliert an Kaufkraft. Fließt das Geld jedoch in den Kauf von Vermö-

»

DER ROTSTIFT WIRD DORT ANGESETZT, WO DER GERINGSTE WIDERSTAND ZU VERMUTEN IST

«

genswerten wie Aktien oder Immobilien, so kommt es zur Bildung einer Preisblase. Auch dort sorgt das zusätzliche Geld für einen kräftigen Anstieg der Preise. Allerdings bewirken steigende Preise bei Vermögenswerten oft das Gegenteil wie bei Konsumgütern: da Aktien, Immobilien etc. nicht aufgezehrt oder verbraucht werden, nimmt ihre Attraktivität als Investmentobjekt dadurch noch zu! Dies wiederum lockt mehr Gelder an und bläht die Preise weiter auf – bis sich irgendwann das Vertrauen in diese andauernden Preissteigerungen auflöst. Letztendlich war das Platzen einer solchen Immobilienblase auch Auslöser der immer noch akuten Finanzkrise.

Jede Einseitigkeit geht also mit einer Gefahr einher: Zu viele Schulden gefährden die Stabilität einer Volkswirtschaft – zu wenig Schulden bedrohen die wirtschaftliche Dynamik. Wenn nämlich in einer Volkswirtschaft alle auf einmal sparen wollen und niemand bereit ist, für Investitionen Schulden zu machen, erlahmt das wirtschaftliche Leben und stürzt in eine Abwärtsspirale: Weil alle erwarten, dass auch die anderen sparen werden, wird kaum jemand etwas investieren oder Arbeitnehmer einstellen. Vielmehr werden diese entlassen, ihre Kaufkraft verringert sich, Unternehmen können weniger absetzen und drosseln ihre Produktion, was wiederum zu Entlassungen führt usw. Die Wirtschaft schrumpft.

INVESTITIONEN ANGESCHOBEN

In einer solchen Situation geht man davon aus, dass nur ein sehr großer Akteur einen Umschwung einleiten kann, indem er extrem viele Schulden macht, Investitionsprojekte anschiebt und die Erwartungen dahingehend umbiegt, dass die Menschen wieder an zukünftige Gewinne glauben. Genau solch eine Situation lag nach der Finanzkrise vor – und es war richtig, dass die Staaten sich zu diesem Zweck verschuldet haben.

Noch immer besteht die Gefahr, dass die Konjunktur weltweit wieder abstürzt. Das Sparen kleinerer Länder wie Griechenland oder Portugal kann sie verkraften. Wenn aber auch die großen Länder wie Frankreich, Großbritannien oder gar die USA auf Haushaltskürzungen setzen, kann es gefährlich werden. In einer solchen Situation ist es genauso unverantwortlich, sich am Leitbild der schwäbi- ►

schen Hausfrau zu orientieren wie am Leitbild des Investmentstars, zumindest wenn der ausgeglichene Haushalt nur durch Sparen und nicht durch neue Steuereinnahmen erreicht werden soll.

Die politische Neuorientierung an der schwäbischen Sparsamkeit betrifft indes nicht nur „technische“ Aspekte der Volkswirtschaften, sondern wirft noch eine dritte Frage auf, nämlich die nach der Gerechtigkeit: Was wir derzeit in unterschiedlichen Formen in den verschiedenen Ländern erleben, ist nichts anderes als die beginnende Auseinandersetzung darüber, wer die Kosten der Krise zu tragen hat.

In der öffentlichen Debatte werden dabei Aspekte der Leistungs- mit der Generationengerechtigkeit vermischt. Dass zuerst verdient werden müsse, ehe etwas ausgegeben wird, heißt es da sehr populär, oder dass die Staatsdefizite zeigten, dass „wir alle“ über unsere Verhältnisse gelebt haben und nun den Gürtel enger schnallen müssten. Die derzeit vielleicht schmerzlichen Kürzungen sei man den zukünftigen Generationen schuldig, die die Schulden irgendwann begleichen müssten.

Wer so spricht, versucht die Gerechtigkeit gegenüber den jetzt Lebenden gegen die Generationengerechtigkeit auszuspielen. Doch sind dies zwei Seiten derselben Medaille: Kinder, die jetzt keine gute Schulbildung erhalten, weil die Schulen sparen müssen, haben in Zukunft weniger Chancen, sich in die Gesellschaft und das Arbeitsleben einzubringen. Ähnliches gilt für die Volkswirtschaft als solche: Wenn die Volkswirtschaft „kaputt“ gespart wird und sich die Erwartungen dauerhaft trüben, erben die nachfolgenden Generationen eine mindestens ebenso schwere Hypothek, wie es ein hoher Schuldenstand ist.

Dies ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, da es in einem maroden Wirtschaftssystem viel schwieriger ist, jeder und jedem faire Teilhabe zu sichern. Gerecht geht es in einer Demokratie zu, wenn alle die gleichen Möglichkeiten haben, sich in die Gesellschaft einzubringen. Die Forderung nach fairer Beteiligung schließt auch den Bereich der Wirtschaft ein – wobei Ärmere auf mehr Unterstützung angewiesen sind als Wohlhabende.

Und hier versagt das Leitbild der schwäbischen Hausfrau, das auf dem Gedanken der Leistung beruht, endgültig. Denn die Finanzkrise geht in erster Linie auf das Konto derjenigen, die sich im Vorfeld der Krise gerne als „Leistungsträger“ aufgespielt haben – die Investmentstars der

Finanzindustrie. Im Moment der Krise hat sich jedoch gezeigt, dass die Gleichung „hohes Einkommen gleich hohe Leistung“ nicht aufgehen kann, wenn sehr viel Geld mit Finanzprodukten verdient wird, die keinen dauerhaften Wohlstand schaffen, sondern nur dazu beitragen, eine Preisblase aufzublähen.

Ein umfassender Finanzcrash konnte nur durch das entschlossene Eingreifen der Staaten verhindert werden. Werden nun im Nachhinein die Finanzprofis weder an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligt, noch strenge Regeln für sie eingeführt, kann es den Anschein haben, dass es der Politik vor allem darum ging, die Einkommen der Finanzstars zu wahren. Gegen eine solche parteiische Politik freilich ist Widerstand allzu berechtigt. Stattdessen sollte die zerstörerische Macht allzu großer Finanzinstitute gebrochen und zugleich dafür gesorgt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich als Gleiche am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben beteiligen können.

DIE GERECHTIGKEITSFRAGE WIRD NICHT GESTELLT

Der eigentliche Skandal derzeit besteht darin, dass die Gerechtigkeitsfrage überhaupt nicht gestellt wird. Es wird rein pragmatisch entschieden, wer die Kosten der Krise zu tragen hat. Der Rotstift wird dort angesetzt, wo der geringste Widerstand erwartet wird: So treffen die staatlichen Sparprogramme jene, die sich nur schwer organisieren können, weil sie auf sozialstaatliche Unterstützung angewiesen sind – die Arbeitslosen, die Alleinerziehenden und die Armen. Gleichzeitig bleiben diejenigen verschont, die im Vorfeld der Krise vom Boom der spekulativen Finanzwirtschaft profitieren, heute aber die beste Lobby in Berlin und Brüssel haben, etwa die Besitzer von Wertpapieren oder die Beschäftigten der Finanzwirtschaft.

In Griechenland, Spanien oder auch in Israel zeichnen sich die Konflikte bereits ab, die aus der Sparpolitik erwachsen. Offenbar stellen sich dort bereits mehr Menschen als in Deutschland die berechnete Frage, warum gerade die, die nicht vom spekulativen Boom profitiert haben, nun die Kosten der Krisenbewältigung tragen sollen. In den Protesten freilich liegt die Chance, dass die Gerechtigkeitsfrage über den Umweg der Straße wieder in die Politik einzieht. ◀

WOLF-GERO REICHERT, DIPLOM-THEOLOGE, VOLKSWIRT UND PHILOSOPH (M.A.), IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER AM OSWALD VON NELL-BREUNING INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSETHIK.